Bezugspreise:
für Halle monatl. bei zweimal. Zustellung 7.— Mk., vierteljährl. 21.— Mk. u. Zustellungsgebühr, i. d. Ausgabestellen abgeholt Mk. 7.— monatl., durch uns. auswärt. Zweigstellen bei tägl. einmal. Zustellg. 6.— Mk. u. Bestellgeld, durch die Post monatl. 9.25 Mk., vierteljährl. 27.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellung. nehmen alle Postanstalten an. Amtl. Zeitungsverzeichnis: Saale-Zeitung. Für unverlangt eingesandtes Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur m. Quellenang. „Saale-Zeitung" gestattet. Fernsr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 70 Pf., Familien- u. kleine Anzeigen/privat 60 Pf., Ergebenheitsankündigungen 40 Pf. Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 3.— Mark. Bei Wiederholung Ermäßigung lt. bes. Anzeigenbedingungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Leben-Geschäftsstelle: Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 454. **Halle, Mittwoch, den 28. September 1921.** **Einzelpreis 30 Pfg.**

Die drohende Weltkatastrophe.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die deutsche Valuta hat gestern von neuem einen schwarzen Tag erlebt. Die Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel nahm im amtlichen Devisenverkehr noch nie dagewesene Formen an. Und die Devisen selbst erreichten unerhörte Kurse. Der Dollar stand auf 127, das Pfund auf 475 und der holländ. Gulden auf 4050. Die deutsche Mark galt also, am amerikanischen Dollar gemessen, noch nicht einmal 3½ Pfennig. Einen solchen unerhörten Sturz hat sie bisher noch nie erlebt, und wir wir dürfen uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß damit der vollständige Zusammenbruch der Mark vor der Tür steht.

Kann man sich darüber wundern? Deutschland ist verpflichtet, seinen Gläubigerstaaten an bestimmten Terminen in Goldwährung gewaltige Summen zu zahlen. Gold aber haben wir nicht. Infolgedessen sind wir gezwungen, immer und immer wieder ausländische Zahlungsmittel in Gold aufzukaufen, die dadurch, nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, in immer phantastischere Höhen klettern. Um so mehr als unsere Valuta, unter deren Entwertung die weitesten Bevölkerungskreise auf das allerschwerste leiden, an den deutschen Börsen leider als Spielobjekt betrachtet wird, ein Unfug, gegen den auf das allernachdrücklichste protestiert werden muß. Um aber die fremden Zahlungsmittel beschaffen zu können, arbeitet Deutschland im Schweiße seines Angesichts. Wir führen zu Schleuderpreisen aus und überschwemmen mit unsern Waren die ausländischen Märkte. Je mehr wir aber arbeiten, um zahlen zu können, desto tiefer sinkt die deutsche Arbeit im Preise. Die Wirkungen unserer Schleunderkonkurrenz spüren unsere Gläubigerstaaten am eigenen Leibe. Je mehr wir exportieren, desto mehr müssen ihre eigenen Industrien feiern. Amerika, das im Gelde fast erstickt, zählt z. Zt. nicht weniger als 5 Millionen Arbeitslose; nicht viel besser steht es in England. In beiden Staaten sucht man krampfhaft nach Auswegen, um dieser immer höher steigenden Gefahr entgegenzutreten. Man schafft Anti-Dumping-Gesetze, gewaltige Zollmauern, um sich vor der deutschen Schleuderkonkurrenz abzusperren. Aber ist es ist Versuch mit untauglichen Mitteln. Wenn wir unsere Schulden zahlen sollen, müssen wir arbeiten, müssen wir zu Schleuderpreisen verkaufen, müssen fremde Devisen beschaffen. Ein furchtbarer Kreislauf, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Oder gibt es am Ende doch ein Mittel? In England ist die Erkenntnis schon längst aufgedämmt, daß es so nicht weiter gehen kann. Vor einigen Monaten schon hat der Kolonialminister Winston Churchill auf die ungeheuren Gefahren hingewiesen, die der englischen Industrie drohen, und seine neue große Rede über die Streichung der internationalen Kriegslasten zugunsten einer Herabminderung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen legt noch viel nachdrücklicher den Finger auf dieses Geschwür am Weltwirtschaftskörper. Denn solange die Welt unter der Atlaslast der Kriegsschulden seufzt, ist gar nicht daran zu denken, daß der Währungswirrwarr je in Ordnung zu bringen und die Weltwirtschaftskrise einer Gesundung entgegenzuführen ist. Um so erfreulicher ist es, daß, da ja unsere Mahnungen und Beschwörungen in der Welt nicht gehört werden, immer wieder von England aus der Ruf nach Schaffung eines internationalen Wirtschaftsausgleichs ausgeht. Mit oft ist dasselbe von deutscher Seite gesagt, wie eindringlich auf die unlösliche weltwirtschaftliche Verbundenheit hingewiesen worden! Der nüchterne englische Rechner hat auch alsbald begriffen, daß der wirtschaftliche Ruin eines Staates wie Deutschland notwendig seine Wirkung auf die übrigen Staaten ausdehnen muß, und daß die Wohlfahrt unserer Gläubigerstaaten mit der Erhaltung eines lebensfähigen Deutschlands aufs engste verknüpft ist. Auch in Amerika scheint die Vernunft zu siegen, die amerikanischen Bankiers haben zu ihrem Jahreskongreß im nächsten Monat die Kreditgewährung für Europa als Hauptgegenstand ihrer Beratung auf die Tagesordnung gesetzt. Nur in Frankreich hält man sich vor dieser Wahrheit noch immer krampfhaft die Ohren zu und glaubt sein Ziel mit der gewaltsamen Niederhaltung der deutschen Entwicklung erreichen zu können. Zu spät werden die Franzosen einsehen, wie tief sie sich mit ihrer verbohrten Gewaltpolitik ins eigene Fleisch schneiden. Und doch gehört außerordentlich wenig wirtschaftliche Einsicht dazu, um diese Zusammenhänge zu verstehen.

In seiner großen Rede hat Churchill eine Konferenz verlangt, die dem Problem des internationalen Handels gelten soll, also der Frage, wie die schweren Hemmungen beseitigt werden können, die sich heute dem freien Spiel der Kräfte in Angebot und Nachfrage in der ganzen Welt entgegenstemmen, und die einen Weg zur Linderung der internationalen Wirtschaftskrisis zu suchen hätte. Es wäre von großer Bedeutung, zu wissen, ob die Ausführungen Churchills seine persönliche Ansicht darstellen oder Beschlüsse ankünden, die das englische Kabinett fassen will. Für diese Frage interessiert sich auch die Londoner City, und es ist nicht ohne Interesse, daß es gerade die „Daily Mail", das Organ Lloyd Georges, ist, das diese Frage aufwirft. Dasselbe Blatt ist es auch, das eine internationale Konferenz für Geldfragen, die vom „Verband für gesunde Währungen" organisiert sei, für Anfang Dezember in London ankündigt, mit dem Zwecke, ein Programm von Maßnahmen zu entwerfen, die notwendig sind, um die Währungen der verschiedenen Länder und den Goldstandard wiederherzustellen. So gut die Absichten einer solchen Konferenz auch sein mögen, ist zu bezweifeln, daß mit künstlichen Mitteln diese Weltkrise zu beseitigen sein wird. Die wirtschaftliche Krankheit Europas ist entstanden auf dem Boden der falschen Politik, die in Versailler Friedensvertrag verkörpert ist. Von diesem Boden aus kann sie auch nur geheilt werden, d. h. nur durch eine Neuregelung der internationalen Verpflichtungen, nur durch Herabsetzung der phantastischen deutschen Kriegsentschädigung auf ein erträgliches Maß. Man möchte glauben, daß dieser Gedanke in der Tat der Churchillschen Forderung auf Streichung der Schulden der Ententestaaten untereinander zugrunde liegt. Wenn Amerika England, England seinen Alliierten ihre Kriegsschulden erläßt, so würde daraus folgen, daß die Erzielung eines Finanzgleichgewichts mög ich wäre, das seinen Einfluß im Sinne der Erleichterung des deutschen Reparationskontos ausüben würde. Churchills Aufforderung ist natürlich demnach an Amerika gerichtet. Leider aber hat man dort sich bisher diesen Gedanken noch immer verschlossen. England selbst aber will mit dem Schuldennachlaß nicht den Anfang machen. Und doch hätte Amerika die Pflicht, sich dafür stark zu machen, daß die Fehler wieder gutgemacht werden, die einst Präsident Wilson an Europa und am deutschen Volke begangen hat, das im Vertrauen auf seine Gerechtigkeit die Waffen aus der Hand legte.

Noch ein Engländer gegen den „Frieden" von Versailles.

Stockholm, 27. Sept. Auf der zurzeit hier tagenden 11. Kirchenversammlung hielt Lord Parmoor, Mitglied des höchsten englischen Gerichtshofes und des Kaiserlichen Geheimen Rats, einen viel beachteten Vortrag über die Pflicht der Kirche in der gegenwärtigen Krisis, worin er forderte, daß die Autorität der gesamten christlichen Kirche sich gegen den Versailler Vertrag richten müsse. Ein Vertrag, der Frieden und Versöhnung herbeiführen soll, könne dieses Ziel nicht erreichen, wenn er gleichzeitig ein Verlangen nach Strafe und Rache befriedigen will. Weiter trat Lord Parmoor für eine durchgreifende Revision des Völkerbundsstatuts ein, die auf einer öffentlichen, von allen Nationen ohne Ausnahme unter gleichen Bedingungen beschickten Konferenz beraten werden müsse. Die wahrhafte Grundlage des Völkerbundes müssen allgemeine reiflich überlegte Zugeständnisse sein und nicht besondere als Folge des Krieges eingetretene Bedingungen.

Gegen den Hunger — für wirtschaftliche Gesundung.

London, 27. Sept. Am 11. Oktober beginnt in London eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau, sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete internationale Konferenz, auf der die Fragen der wirtschaftlichen Gesundung und des Weltfriedens erörtert werden sollen. Daran nehmen teil Delegierte aus England, Frankreich, Italien, Deutschland, Holland, Ungarn, Oesterreich, Schweden und Japan. In der Eröffnungssitzung wird Lord Parmoor den Vorsitz führen. Desgleichen nehmen u. a. daran teil Henderson und Earl of Beauchamp. Es ist auch eine Kundgebung in der Central Hall von Westminster zugunsten der Abrüstung vorgesehen.

Die Vereinbarung zwischen dem Reiche und Bayern.

München, 28. Septbr. (WTB.) Dem Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages wurde in seiner gestrigen Sitzung die am 24. September in Berlin zwischen dem Reichskanzler und Reichsminister des Innern und dem bayrischen Ministerpräsidenten und dem bayrischen Minister des Innern getroffene Vereinbarung bekanntgegeben. Danach sind

erstens die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August zurückzunehmen und durch eine bis spätestens 29. September zu erlassende Verordnung zu ersetzen. Ferner soll

zweitens die bayrische Staatsregierung die Verordnung über den Ausnahmezustand spätestens am 6. Oktober mit Wirkung vom 15. Oktober außer Kraft setzen.

Drittens ist die Zustimmung des bayrischen Gesamtministeriums und des Verfassungsausschusses des bayrischen Landtages zu einem vereinbarten Entwurf der neuen Reichsverordnung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern dem Reichskanzler rechtzeitig zum 28. September mitzuteilen.

Viertens wird festgestellt, daß zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Staatsregierung Uebereinstimmung darüber besteht, daß die Landesregierungen nach wie vor berechtigt sind, auch weiterhin einstweilige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinausgehen und denen gegenüber die Reichsregierung eine loyale Haltung einnehmen wird.

Fünftens wird festgestellt, daß die bayrischen Volksgerichte mit dem auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung gestützten bayrischen Ausnahmezustand nicht im Zusammenhang stehen und daher durch diese Verordnungen nicht berührt werden. Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September zugestimmt. Aus den vereinbarten Verordnungen des Reichspräsidenten ist hervorzuheben, daß für Verbote und Beschlagnahmen die Landeszentrale oder die von ihnen bestimmten Behörden zuständig sind. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tag nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des vorgesehenen Ausschusses an.

Der Abg. Dr. Wohlmuth (Bayer. Volkspartei), der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, begründete einen Antrag, wonach der Ausschuß der Vollversammlung empfehlen soll, es sei gegen die von der bayrischen Staatsregierung getroffene Vereinbarung keine Erinnerung zu erheben. Was jedoch den Zeitpunkt der Aufhebung des bestehenden bayrischen Ausnahmezustandes angeht, so bleibt es dem pflichtgemäßen Ermessen der bayrischen Staatsregierung überlassen zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachte. — Daran knüpften sich politische Ausführungen des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und juristische Ausführungen des Ministers des Innern Dr. Speyer-München. Nach langer Debatte wurde ein Antrag der USP. auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes abgelehnt. Der Antrag Dr. Wohlmuth wurde mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen. Dem Antrag der Regierung wurde mit allen gegen fünf Stimmen der bayrischen Mittelpartei zugestimmt. —

Für die große Koalition.

Berlin, 28. Sept. In der gemeinsamen Besprechung der demokratischen Fraktion des Reichstages und des Landtages war man einmütig der Ansicht, daß die breite Koalition von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei für unsere gesamte staatliche und wirtschaftliche Entwicklung besondere Bedeutung hat, weil sie die einzige Grundlage ist, auf der eine stetige Politik aufgebaut werden kann.

Die Versammlung gab weiter der Meinung Ausdruck, daß die Regierungsbildung im Reich nur ein Kabinett Wirth sein könnte. Man ließ gleichzeitig keinen Zweifel daran, daß von der Deutschen Volkspartei ein offenes und unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Republik zu verlangen sei. Ferner sprach man sich dahin aus, daß es wünschenswert sei, die **Umbildung** der Regierung im Reiche und in Preußen **möglichst bald und gleichzeitig** vorzunehmen.

Schon wieder eine neue Fraktion.

Berlin, 28. Sept. Wie die P. P. N. hören, haben sich die bisherigen Reichstagsabgeordneten der vereinigten kommunistischen Parteien Deutschlands, Levi, Maltzahn, Reich, Dümel, Geyer jr., Marie Wackwitz, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann im Reichstage zu einer Gruppe der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte der Beginn einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will.

Aus Oberschlesien.

Beuthen (Oberschl.), 27. Sept. Nachts wurde in die Geschäftsstelle der Oberschlesischen Volksstimme in Hindenburg eine Handgranate geworfen, durch die erheblicher Sachschaden angerichtet wurde. Der Täter ist unbekannt.

Für Oppau.

Danzig, 27. September. Die mehrheitssozialistische Fraktion des Danziger Volkstages hat den Antrag gestellt, für die Hinterbliebenen der Opfer von Oppau 100 000 Mark zu bewilligen.

Berlin, 28. Sept. Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" und die „Afa" fordern zu der Katastrophe von Oppau, daß die durch die Katastrophe als unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer grundlegenden Nachprüfung unterzogen werden. Die bestehenden völlig ungenügenden Unfallentschädigungsbestimmungen machten die sofortige Inangriffnahme einer Reform der Unfallversicherung der Reichsversicherungsordnung notwendig. — Zur sofortigen Linderung der entstandenen Notlage sei durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Geldentwertung Rechnung tragende Entschädigung an die von dem Unglück Betroffenen und ihre Hinterbliebenen zu zahlen ist. Zur Deckung der laufenden Entschädigungssummen seien die mit dem Oppauer Werk verbundenen drei Konzerne in stärkstem Maße heranzuziehen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung bewilligte gestern den vom Magistrat vorgeschlagenen Betrag von 100 000 Mark für den Reichshilfsfonds von Oppau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210928036/fragment/page=0001

Gegen die Vorgänge in Höchst u. s. w.

Frankfurt a. M. 28. Sept. Der Fabrikarbeiterverband faßte mit fast allen Stimmen eine Entschließung, die das Vorgehen unverantwortlicher Elemente in den Werken Höchst, Griesheim und Kösterbach ablehnt, da derartige Maßnahmen im Gegensatz zu den vertraglichen Bestimmungen stehen. Weiter werden die Maßnahmen der Arbeitgeberorganisation bedauert, da vorher nicht der Versuch einer Verständigung mit den Arbeitnehmerorganisationen gemacht worden ist. Im übrigen seien die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit im Gange. — Die Hanauer Fabrik von Dunlop hat geschlossen, weil die Arbeiterschaft wegen Lohnakkordditferenzen passive Resistenz übte. Das Werk ist durch Schutzpolizei bewacht.

Die Besatzungskosten.

Der Reichsschatzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die bis Ende März 1921 entstandenen Kosten der Rheinlandbesetzung überreicht, nach der sich die Besatzungskosten, deren Erstattung von den Ententemächten erwartet wird, bis Ende März 1921 auf rund 4 Millionen Goldmark belaufen. Die Ausgaben, die dem deutschen Reiche durch unmittelbare und mittelbare Leistungen für die Rheinlandkommission und die Besatzungsarmeen erwachsen sind, belaufen sich auf über 7½ Milliarden Papiermark. Die Denkschrift setzt den Standpunkt der deutschen Regierung und der Besatzungsbehörden zu den Ursachen der hohen Kosten auseinander und betont ausdrücklich, daß sich die verantwortlichen Stellen der Vertragswidrigkeit ihrer Forderungen bewußt sein müssen. Die Denkschrift führt eine überwältigende Zahl von Beispielen an, wie namentlich die Franzosen in ihren Forderungen über alles Maß hinausgehen und sich über jede Rücksicht hinwegsetzen.

Uebergriffe der französischen Besatzungsbehörden

In der Provinz Rheinhessen sind eine Anzahl von Gemeindejagden durch die Besatzungsbehörden beschlagnahmt, den deutschen Pächtern weggenommen und französischen Offizieren übertragen worden. Der demokr. Abg. Korell hat diesen Uebergriff zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht. Derselbe Abgeordnete bringt zusammen mit den demokratischen Abgeordneten Erkelenz und Frau Dr. Lüders in einer kleiner Anfrage zur Sprache, daß in Wiesbaden trotz des Verbotes der deutschen Behörde große Mengen französischen Burgunderweins versteigert werden sollen, obgleich das deutsche Weingesetz nur die Versteigerung deutscher Erzeugnisse in Deutschland gestattet.

Rathenau — Loucheur.

Berlin, 28. Sept. An Berliner zuständiger Stelle wird aus bestätigt, daß zur Zeit wieder Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur über eine neue Zusammenkunft schweben. Ein Zeitpunkt ist dafür bisher noch nicht vereinbart worden.

Der Friedensvertrag mit Amerika

wird der Gegenstand der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses am Donnerstag, den 29. September sein.

Wilson, der Schuft.

New York 27. Sept. (Durch Funkspruch.) „Tribune" meldet aus Washington: Gleichzeitig mit der plötzlichen Verstellung der demokratischen Opposition gegen den deutschen Friedensvertrag im Senat hat sich herausgestellt, daß Wilson sich der Ratifikation widersetzt.

Ballins Memoiren.

Dem Vernehmen nach werden noch im Laufe dieses Herbstes die Memoiren Albert Ballins der Oeffentlichkeit übergeben werden. Bei der internationalen Bedeutung dieses Mannes und seinen engen Beziehungen zu allen leitenden Stellen im Reiche vor dem Kriege und während des Krieges wird der Veröffentlichung allgemein mit Interesse entgegengesehen. Namentlich erwartet man in Hamburg davon Aufschlüsse über die zuerst an Albert Ballin gelangten Anregungen zu einer Annäherungsaktion zwischen England und Deutschland.

Vorbildliche Auslanddeutsche.

Nachdem die Deutschen in San Salvador erst vor kurzem 3350 Mark für die Studentenhilfe und 8000 Mark zur Speisung armer Flensburger Kinder gespendet hatten, hat die kleine deutsche Kolonie daselbst neuerdings 20 000 Mark der deutschen Kinderhilfe und 10 000 Mark der Studentenhilfe Berlin überwiesen.

Der Völkerbund hilft den hungernden Russen nicht!

Genf, 28. Sept. In zweistündiger Beratung faßte die sechste Kommission des Völkerbundes den Beschluß, daß das geplante Hilfswerk für Rußland seitens des Völkerbundes so gut wie gescheitert sei. Zwar sollen die Beratungen noch fortgesetzt werden, um noch verschiedene Vorschläge zugunsten Rußlands zu prüfen, ebensoviel steht fest, die Mächte haben endgültig die von Nansen so dringend geforderte Hilfe für Rußland abgelehnt. Motiviert wird die Weigerung damit, daß Rußland noch über beträchtliche Geldmittel verfüge. In ergreifenden Worten beklagte sich Nansen darüber, daß die Kredithilfe verweigert wird, und protestierte gegen den ungeheuren Lügenfeldzug, den eine Lügenzentrale mit politischen Zielen gegen die Hilfsaktion organisierte. Die Tatsache, daß zwanzig Millionen Menschen vom Tode bedroht seien, sei so furchtbar, daß er unmöglich glauben könne, Europa werde mit verschränkten Armen zuschauen. Cecil stellte sich auf die Seite Nansens. Er forderte, daß die Regierungen jetzt offen aussprechen, daß sie nicht in der Lage seien, Kredite zu gewähren, damit der Völkerbund von der Verantwortung befreit sei. Der englische Vertreter Fisher gab darauf die Erklärung ab, daß die Regierungen einen offiziellen Kredit nicht gewähren wollen. Obgleich England davon überzeugt sei, daß die Sowjetregierung aus eigenen Mitteln die nötigen Lebensmittel kaufen könne, sei er mit der Streichung der Anspielung auf die russischen Geldmittel einverstanden. Auf Fishers Antrag wurden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Russisches, Allzurussisches.

Kopenhagen, 27. Sept. „Berlingske Tidende" wird aus Helsingfors telegraphiert: Ein dort aus Petersburg eingetroffener Gelehrter hat einem Pressevertreter erklärt, daß der Mangel an Brennmaterial im kommenden Winter für Petersburg einen katastrophalen Charakter annehmen werde. Die Meldung der Bolschewisten, daß der Handel freigegeben sei, sei nur formell richtig. Die Unzufriedenheit im roten Heer nehme täglich zu. Maxim Gorki sei jetzt einer der reichsten Männer Rußlands. Alle Hilfsaktionen des Auslandes würden an der Verkehrsfrage scheitern, da die Sowjetregierung nur imstande sei einen Bruchteil der erforderlichen Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen. Die geleistete Hilfe werde wahrscheinlich nur dazu beitragen, die Stellung der Kommunisten zu stärken.

Bismarks Entlassung.

Soeben ist der 3. Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" zur Ausgabe gelangt. Wie der Verlag Cotta mitteilt, ist die erste Auflage in Höhe von 200 000 Exemplaren bereits verkauft. Die zweite wird im November erscheinen. Der folgende Abschnitt aus dem Bande wird unsere Leser fesseln.

„Auf den Abend des 18. waren die kommandierenden Generale nach Berlin in das Schloß bestellt worden, wofür als offizieller Grund angegeben war, Se. Majestät wolle sie über die neuen Militärvorlagen hören. In der Tat aber hat bei ihrer Versammlung, die ungefähr 20 Minuten dauerte, der Kaiser eine Ansprache gehalten, an deren Schluß er den Generalen, wie mir glaubwürdig erzählt worden ist, mitgeteilt haben soll, daß er sich genötigt sehe, mich zu entlassen; dem Chef des Generalstabes Waldersee gegenüber wären Bemerkungen zum Ausdruck gekommen über meine Eigenmächtigkeit und Heimlichkeit im Verkehr mit Rußland. Graf Waldersee hatte regelmäßig den Vortrag über die erwähnten Konsularberichte und deren militärische Tragweite bei Sr. Majestät gehabt. Das Wort hätte danach keiner der Generäle auf die kaiserliche Eröffnung genommen, auch Graf Moltke nicht. Dieser hätte erst nachher auf der Treppe gesagt: „Das ist ein sehr bedauerlicher Vorgang: der junge Herr wird uns noch manches zu raten aufgeben."

Am 19. März nach der Cour war mein Sohn Herbert bei Schuwalow. Letzterer sagte in dem Bemühen, ihn zum Bleiben zu bewegen, wenn er und ich abginaen, so würden die Eröffnungen, mit denen er beauftragt sei, ins Wasser fallen. Da diese Aeußerung möglicherweise von Einfluß auf politische Entschließungen des Kaisers sein konnte, so machte mein Sohn am folgenden Tage mittags Sr. Majestät in einem eigenhändigen Berichte Mitteilung davon.

Ich weiß nicht, ob vor oder unmittelbar nach Empfang dieses Berichtes, jedenfalls am 20. mittags, kam der Adjutant vom Dienst Graf Wedel zu meinem Sohne, um den schon in den vorhergehenden Tagen durch Beauftragte kundgegebenen Wunsch des Kaisers zu wiederholen, daß mein Sohn in seinem Amte bleiben möge, ihm einen langen Urlaub anzubieten und ihn des unbedingten Vertrauens Sr. Majestät zu versichern. Das letztere glaubte mein Sohn nicht zu beziehen, weil der Kaiser wiederholt Räte des Auswärtigen Amtes ohne sein Vorwissen hatte kommen lassen, um ihnen Aufträge zu geben oder von ihnen Orientierung zu verlangen. Wedel räumte das ein und versicherte, Se. Majestät würde ohne Zweifel bereit sein, dies Garantien abzustellen. Mein Sohn hat darauf erwidert, seine Gesundheit sei so geschwächt, daß er ohne mich die schwere und verantwortliche Lage nicht annehmen könne. Später, nachdem ich meinen Abschied erhalten hatte, suchte Graf Wedel auch mich auf und versuchte, daß ich auf meinen Sohn wirke, damit er bliebe. Ich lehnte das ab mit den Worten: „Mein Sohn ist mündig."

Am Nachmittage des 20. März überbrachten Hahnke und Lucanus mir den Abschied in zwei blauen Briefen. Lucanus war tags zuvor im Auftrage Sr. Majestät bei meinem Sohne gewesen, um ihn zu veranlassen, mich zu sondieren über die Verleihung des Herzogstitels und Beantragung einer dem entsprechenden Dotation bei dem Landtage. Mein Sohn hatte ohne Bestimmen erklärt, Beides würde mir unerwünscht und peinlich sein, und nachmittags, nach Rücksprache mit mir, an Lucanus geschrieben: „eine Titelverleihung würde mir nach der Art, wie ich in jüngster Zeit von Sr. Majestät behandelt worden, peinlich sein, und eine Dotation sei angesichts der Finanzlage und aus persönlichen Gründen unannehmbar. Trotzdem wurde mir der Herzogstitel verliehen."

Eine neue Kokarde für die Reichswehr.

Wie verlautet, planen die zuständigen Stellen die Einführung einer neuen Reichskokarde, die in der gleichen Form wie die frühere schwarz-weiß-rote Kokarde, aber in den neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold gehalten sein soll und ebenso wie die bisherige Kokarde zwischen dem Eichenlaub auf dem unteren Mützenabzug getragen werden wird.

Der neue Zentrumsvorsitzende.

Berlin, 28. Sept. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat den Abgeordneten Oberlandesgerichtsrat Marx

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung", Donnerstag, 29. September. Inhalt: Geschmückt mit Leichtsinns bunten Bändern . . . Roman von Fred Nelius. — Die Sternschnuppe. Von Paul Th. Hoffmann. — Der Hundemensch. Von Wilh. Lennemann. — Der Zeitungsroman und Hedwig Courths-Mahler. Von Richard Rieß. — Literatur.

Ibsen im Stadttheater.

Halle, den 28. September 1921.

Schon die Jahre vor dem Kriege haben uns entfernt von den Grübeleien der psychologischen Dramen Ibsens. Heute, da sich Alte und Junge, Snobs und Kultivierte, Schieber und Solide wie die Wilden an der Börse um Devisen und Industriepapiere herumschlagen, in der Angst um das Brot der Zukunft, in der Hoffnung auf Ernte ohne Saat, ist die letzte Neigung zur Vertiefung in die Probleme der Ethik geschwunden. Egoismus, Altruismus, Tradition, Befreiung von der Tradition, das sind Dinge, die belanglos geworden sind angesichts der schwindelnd steigenden Preise, angesichts der Mark, die nur mehr ein paar Pfennige wert ist. Der Norweger Ibsen, dieser typisch deutsche Dichter, findet in dem heutigen taumeligen Deutschland, das nach Atem ringt und mehr und mehr der Ethik verfällt, keine Herzen mehr.

Die Schauspieler aber, die mit der Wirtschaftskrankheit nichts zu tun haben sollten — ach, leider drehen sich auch ihre Gedanken vornehmlich um Wirtschaftssorgen! —, vertiefen sich nach wie vor in die Probleme der nicht mehr verstandenen Dichter und suchen die Symbolfiguren künstlerisch zu gestalten. Die Räuber- und die Hannele-Aufführung haben uns gezeigt, daß die neue Zusammensetzung des Stadttheaterschauspiels auf Dramen hinweist, in denen das Gedankliche oder Symbolische, also das flutende Pathos und das flotte Lustspiel scheinen den neuen Kräften nicht zu liegen.

Unter diesen Umständen mußte man von der gestrigen Rosmersholm-Aufführung ein wenig enttäuscht sein. Dr. Edgar Groß' Regie hat ersprießliche Arbeit geschaffen; Stil, Ton, Stimmung umschmeicheln fein verständnisvoll und geschickt die Dichtung, aber Einzelheiten lassen das Kunstwerk doch nicht in der künstlerisch straffen Form erstehen, die man erhofft hatte.

Paula Thetter als Rebekka West. Eine Schauspielerin von Qualität. Zwielichtsohne. Das Technische macht ihr keine Schwierigkeiten. Sie geht mit Energie und Selbständigkeit an die Gestaltung der Rolle heran. Ihr Auftreten und ihr Ton zeigen, daß sie weiß, wie Natur und Kunst zu verschmelzen sind. Aber in ihrer Selbständigkeit neigt sie zu Uebertreibungen. Die Rebekka West berühmter Schauspielerinnen, der Trisch oder der Rottmann z. B., erscheint in den ersten Akten als Schattengestalt behahe. Eine reife Dame, schön, geruhig, abwartend. Ihre Seele und ihre Gefühle offenbaren sich nicht; man ahnt, daß sich hinter der Stirn ein überquellender Reichtum aufgestapelt hat, daß die Seele eine ganze Welt umfaßt. Die Rebekka West der Paula Thetter dagegen erscheint von Anfang an zu bestimmt, zu forsch, zu kokett, zu weiblich-temperamentvoll, zu hervortretend. Sie ist schuld daran, daß Rosmer mitunter schlapp wirkt, daß er einem fast leid tut, daß man das Gefühl hat, als verspiempere er sich. Im Schlußakt, da sich das Dämonische, Symbolische — Böse sagen das „Kitschige" — herausschält, kommt sie mit großen Gesten und runden Augen und wirkt auch hier zu laut. Ihr südbayerischer Akzent dämpft, aber nicht genügend.

Johannes Rosmer — Ludwig Hirsig, der junge Held. Mit sympathischer Güte, erquickendem Verstehen, erneuter Versöhnlichkeit. Nicht zu elegant, nicht zu salopp. Nicht äußerlich temperamentvoll, sondern voll innerer Wärme. Mitunter aber zu jugendlich, zu wenig abgeklärt. Wir lieben einen vierzigjährigen Rosmer, nicht einen dreißigjährigen.

Die sicherste Figur des Abends Eugen Teuscher als Rektor Kroll. Bigott und reaktionär, aber immerhin so empfindsam, daß man die Achtung verstehen kann, die ihm Pfarrer Rosmer entgegenbringt. — Gustav Schneider als Redakteur Mortensgard anders, als man sich ihn gemeinhin vorstellt. Man denkt sich ihn als einen wilden, ungebärdigen Burschen, der mit bolschewistischen Gesten um sich wirkt. Schneiders schüchterner Ideatist, einem armen Vegetarier gleichend, mit Fistelstimme, seitlich gescheitelt Kopf und gelbem Spitzbart, wird jedem verständlich, der die politischen Figuren von heute kennt. Der Ulrik Brendel von Emil Berger dagegen ist in jeder Hinsicht ein Mißgriff; statt packenden Pathos und beißender Ironie gehaltlos es Pathos ohne Hintergrund; statt einer ergreifenden Gestalt ein langweiliger Phrasendrescher.

Martin Feuchtwanger.

Tod eines bulgarischen Dichters. In Sofia ist Iwan Wazoff, Bulgariens größter zeitgenössischer Dichter, im Alter von 71 Jahren gestorben. Seine feierliche Beisetzung erfolgte unter Beteiligung der Regierung auf Staatskosten.

Die 53. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Jena ist am Dienstag vormittag unter sehr starker Beteiligung feierlich eröffnet worden, nachdem die letzte vor acht Jahren in Marburg stattgefunden hatte. Zu Vorsitzenden wurden Universitätsprofessor Dr. Götz-Jena und Gymnasialdirektor Dr. Dobenecker gewählt. Nach der Eröffnungsrede des ersten Vorsitzenden und der Begrüßungsansprache des Vertreters des Thüringischen Staatsministeriums sprachen Prof. Ulrich v. Wilamowitz-Möllendorf, Berlin, über die Zukunftsaufgaben der deutschen Altertumswissenschaft, und Prof. Eduard Spranger, Berlin, über den gegenwärtigen Stand der Geisteswissenschaften und die Schule. Am Nachmittag begannen die Sitzungen der 14 Sektionen.

Einweihung eines Hermann Löns-Denkmals. In Müden an der Oerze fand unter reger Beteiligung der großen Löns-gemeinde letzten Sonntag die Einweihung des von „Jägern und Naturfreunden" gestifteten Löns-Denkmals statt. Bekanntlich war Müden der Lieblingsaufenthalt des vor 7 Jahren vor den Feinde gefallenen Dichters, der hier mannigfache Anregungen zu seinen lebendigen Heidebeschilderungen gefunden hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210928036/fragment/page=0002